

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Malawi: Kontinuität oder Aufbruch?

Meinhardt, Heiko

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Meinhardt, H. (2004). Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Malawi: Kontinuität oder Aufbruch? *Afrika Spectrum*, 39(3), 449-458. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-107562>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Kurzbeitrag / Report

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Malawi: Kontinuität oder Aufbruch?

Heiko Meinhardt¹

Am 20. Mai 2004 waren über 5,7 Mio. Wahlberechtigte im südostafrikanischen Malawi an die Wahlurnen gerufen worden, um in Direktwahlen den Staatspräsidenten und die 193 Abgeordneten zu bestimmen. Es waren die dritten demokratischen Wahlen, die in dem armen Agrarstaat, der laut Weltbankstatistik mit einem durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von nur US\$ 160 an sechster Stelle von unten rangiert, stattfanden. In dem ehemaligen britischen Protektorat, das über 30 Jahre von Hastings Banda mit eiserner Faust regiert wurde, war in Folge des Referendums von Juni 1993 erst 1994 ein demokratisches Regierungssystem eingeführt worden.

Politische Verwerfungen im Vorfeld der Wahlen

Die Wahlen stellten insofern eine Zäsur dar, als dass die Regierungspartei United Democratic Front (UDF) mit einem neuen Präsidentschaftskandidaten antreten musste. Der erste in freien und demokratischen Wahlen 1994 gewählte – und 1999 im Amt bestätigte – Präsident Bakili Muluzi durfte gemäß der Verfassung nach zwei Amtszeiten nicht wieder antreten, nachdem Bemühungen der UDF, diese Bestimmung zu ändern, im Parlament im Juli 2002 knapp an der Zweidrittelhürde gescheitert waren. Die Frage der dritten Amtszeit hatte das politische und gesellschaftliche Leben seit Ende 2001 dominiert und für erhebliche Verwerfungen in der politischen Arena gesorgt. Zunächst war es der Regierung gelungen, bei Teilen der beiden im Parlament vertretenen Oppositionsparteien Malawi Congress Party (MCP) und Alliance for Democracy (AFORD) Unterstützung für dieses Vorhaben zu gewinnen.

¹ Der Autor war als Short Term Observer Mitglied der EU-Wahlbeobachtermission und hielt sich im Mai/Juni 2004 in Malawi auf. Er war zuständig für den Distrikt Chiradzuzu in der Südregion des Landes. An dieser Stelle möchte er Maxwell Banda und Mbane Ngwira für die Beschaffung der offiziellen Endergebnisse der Wahlen danken.

Das führte zu massiven Grabenkämpfen innerhalb der Parteien, zum zeitweiligen Verlust ihrer politischen Handlungsfähigkeit und letztendlich zur Spaltung beider Parteien.

Die übersichtliche und eher rudimentär ausgeprägte Zivilgesellschaft jedoch agitierte mehrheitlich gegen diesen Plan. Vor allem die Führungen der größten christlichen Kirchen – ca. 70% der Malawier sind Christen – wollten eine Wiederwahl des Muslimen Muluzi, obwohl er als gemäßigt galt, verhindern, um den Einfluss des Islam zurückzudrängen, der in der zehnjährigen Amtszeit Muluzis in der Gesellschaft sichtbar geworden war und nunmehr als offene Konkurrenz von den christlichen Kirchen verstanden wurde. Während der Neubau von Moscheen eher symbolische Wirkung hatte, wurden die zunehmenden Angebote der islamischen Einrichtungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich von den christlichen Kirchen als ein unerwünschtes Eindringen in bisher von ihnen dominierte Bereiche gesehen, was jedoch in dieser Deutlichkeit öffentlich nicht geäußert wurde.

Als auch weitere Versuche, hinter den Kulissen die notwendige verfassungsändernde Mehrheit zusammenzubekommen erfolglos blieben – eine erneute Abstimmung im Parlament wurde vermieden, um der Regierung eine Niederlage zu ersparen und das Ansehen des Präsidenten nicht weiter zu beschädigen –, musste die UDF ihre Strategie ändern und den Plan aufgeben. Muluzi hatte es stets vermieden, seine Bereitschaft zu einer dritten Amtszeit öffentlich kundzutun und konnte somit unter Wahrung seines Ansehens den Plan der UDF fallenlassen. Bemerkenswert war, dass die Frage der dritten Amtszeit auch innerhalb der Regierungspartei nicht unumstritten war. Obwohl sich die Partei mit Muluzi die besten Wahlchancen ausrechnete, wurde der Plan von einflussreichen Politikern, die eigene Ambitionen auf den Präsidentensessel hatten, zum Teil offen, aber weitaus überwiegend hinter den Kulissen torpediert. In der Folge verloren viele dieser Politiker ihre Ämter.

Dem offen ausgebrochenen Kampf um seine Nachfolge, der die UDF vor eine Zerreißprobe stellte, setzte Muluzi Ende März 2003 ein Ende, indem er überraschend den ehemaligen stellvertretenden Zentralbankchef Bingu wa Mutharika als seinen Nachfolger im National Executive Committee der Partei durchsetzte. Der promovierte Ökonom arbeitete von 1965 bis 1997 im Ausland, u. a. für die Vereinten Nationen und die Weltbank in New York und Washington und war bis 1997 Generalsekretär der südostafrikanischen Wirtschaftsorganisation COMESA. Er war 1992 Gründungsmitglied der UDF, gründete aber 1999 seine eigene Partei, die United Party, und trat im selben Jahr bei den Präsidentschaftswahlen gegen Muluzi an. Nach einer verheerenden Niederlage – er gewann nur ein halbes Prozent der Stimmen – kehrte er mit seiner Partei in die UDF zurück und wurde mit der Stelle in der Zentralbank belohnt. Der Technokrat, der erst Anfang März 2003 zum Minister für Wirtschaftsplanung und Entwicklung ernannt worden war, dürfte von der

vermutlich im Alleingang von Muluzi getroffenen Entscheidung, seine Nachfolge anzutreten, genauso überrascht gewesen sein wie einige hochkarätige Regierungspolitiker und langjährige politische Gefolgsleute, die ihre eigenen Ambitionen auf das höchste Amt aufgeben mussten und frustriert zur Opposition überliefen. Dazu gehörten der Veteranpolitiker und Landwirtschaftsminister Aleke Banda, der Umweltminister Harry Thomson und später auch der erste stellvertretende Staatspräsident Justin Malewezi, der am Neujahrstag 2004 seinen Austritt aus der UDF erklärte. Der einflussreiche Parlamentsvorsitzende Sam Mpasu, der einer dritten Amtszeit Muluzis skeptisch gegenüberstand, war ebenfalls entmachtet worden. Die Wahl Mutharikas hatte klare taktische Gründe: Seine Herkunft aus der Südregion, der traditionellen Hochburg der UDF, und seine katholische Konfession sowie die Tatsache, dass er politisch unbelastet war, ließen ihn als geeigneten Kandidaten erscheinen. Zudem schien er zu einer Machtteilung zwischen dem Parteichef und der Regierung bereit.

Die Kandidatur Mutharikas wurde nach dem einstimmigen Votum des UDF-Exekutivkomitees (die Gegenkandidaten Aleke Banda und Harry Thomson bekamen keine einzige Stimme) und im August 2003 von einem ordentlichen Parteitag mit überwältigender Mehrheit abgesegnet, zweifellos auch wegen der Androhung Muluzis, keinen anderen Kandidaten im Wahlkampf unterstützen zu wollen.

Ohne die Hilfe des charismatischen und vor allem in der dicht besiedelten Südregion des Landes beliebten Muluzi hätte der zunächst etwas hölzern wirkende, rhetorisch nicht sehr gewandte und in der Bevölkerung weitgehend unbekannte Mutharika kaum Siegeschancen gehabt. Der Wahlkampf wurde im wesentlichen gegen zwei aussichtsreiche Kandidaten geführt. Mutharika wurde von der Alliance for Democracy (AFORD), die in der Nordregion federführend war, als Koalitionspartner unterstützt. AFORD-Chef Chakufwa Chihana war im April 2003 als zweiter Vizepräsident in die Regierung eingetreten. Für die ehemalige Einheitspartei MCP trat der Veteranpolitiker John Tembo an, der als graue Eminenz unter der Banda-Diktatur galt. Der ständige innerparteiliche Gegenspieler Tembos, Gwanda Chakuamba, war Anfang 2004 als Vizechef der MCP zurückgetreten und hatte die Republican Party (RP) gegründet. Damit wurde der seit 10 Jahren andauernde Machtkampf zwischen den beiden beendet. Dieser hatte auch eine persönliche Komponente: Chakuamba war 1980 bei Banda, vermutlich auf Betreiben Tembos, in Ungnade gefallen und unter einem Vorwand zu 22 Jahren Arbeitslager verurteilt worden, von denen er 13 Jahre verbüßte. Bei den Wahlen von 1999 war Chakuamba noch als Präsidentschaftskandidat der MCP/AFORD-Koalition angetreten und unterlag Muluzi mit rund 300.000 Stimmen. Bis Dezember 2003 hatte Chakuamba noch gehofft, als Präsidentschaftskandidat der MCP aufgestellt zu werden, da Tembo in Folge einer gerichtlichen Verur-

teilung die Aberkennung des passiven Wahlrechts drohte. Als das Berufungsgericht zu Gunsten Tembos entschied, verließ Chakuamba die MCP. Um seine Wahlchancen zu erhöhen, bildete er Anfang 2004 die Mgwirizano („Zusammenhalt“-)Koalition mit sechs kleinen Parteien. Versuche, die wichtige MCP für die Koalition zu gewinnen, scheiterten an der persönlichen Rivalität zwischen Tembo und Chakuamba. Auch die National Democratic Alliance (NDA) konnte sich nicht zu einem Beitritt entschließen. Die Partei war als Abspaltung der UDF von fünf Abgeordneten – zunächst als Interessengruppe – Anfang 2001 von Brown Mpinganjira gegründet worden, nachdem er in Folge von Korruptionsvorwürfen sein Ministeramt verloren hatte und aus der UDF ausgeschlossen worden war. Der Koalition schlossen sich nur fünf kleine Parteien an, unter anderem das People's Progressive Movement (PPM) von Aleke Banda und das Movement for Genuine Democratic Change (Mgode), das aus einer Abspaltung von der AFORD hervorgegangen war.

Im Wahlkampf hatten sich die größten christlichen Kirchen massiv und ungewohnt offen, sogar in Hirtenbriefen, für die Abwahl der UDF-Regierung eingesetzt, weil sie eine weitere Islamisierung des Landes fürchteten. Das richtete sich weniger gegen den Katholiken Mutharika als vielmehr gegen den Muslimen Muluzi und gegen den ebenfalls muslimischen Vizepräsidentenskandidaten Cassim Chilumpha, einem in Großbritannien promovierten Juristen aus dem Distrikt Nkhotakota in der Zentralregion. Obwohl keine signifikante politische Stärkung des Islam, dem nur etwa 20% der Malawier angehören, zu beobachten war, wurde der Bau von Moscheen und muslimischen Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen von den christlichen Kirchen als Konkurrenz empfunden. Somit wurde erstmals in der Geschichte Malawis die Religionszugehörigkeit politisch instrumentalisiert. Die Wahlen 1994 und 1999 hatte Muluzi auch mit Hilfe der christlichen Kirchen und mit christlichen Wählerstimmen gewonnen.

Der Wahlverlauf

Die Wahlen, die von rund 300 internationalen Beobachtern der EU, des Commonwealth, der Afrikanischen Union und anderer Organisationen überwacht wurden, waren nicht frei von technischen Unzulänglichkeiten. Im Vorfeld gab es Probleme bei der Wählerregistrierung. Da es in Malawi keine Personalausweise gibt und Geburtsurkunden nur in den wenigen Städten Verwendung finden, war die Registrierung, bei der die Wähler fotografiert wurden, die einzige Möglichkeit zur Identitätsfeststellung. Im Rahmen der Neuregistrierung im Januar 2004, an der sich nur noch nicht eingeschriebene Wähler beteiligen sollten, war es zu Doppeleintragungen gekommen, da

Wähler, die ihr Registrierungszertifikat verloren hatten, sich nochmals ins Wählerregister eintragen ließen, anstatt ein Duplikat zu beantragen. Etwa 900.000 Doppelregistrierungen mussten bereinigt werden, was zunächst den Argwohn der Opposition erregte, die befürchtete, ihre Anhänger seien aus dem Register gestrichen worden. Auf gerichtliche Anordnung musste der Wahltermin um zwei Tage auf den 20. Mai 2004 verschoben werden, um eine Verifikation des Wählerregisters durchführen zu können.

Anlass zu Kritik bot auch die Kontrolle der staatlichen Rundfunk- und Fernsehsender durch die Regierung. Die Oppositionsparteien beklagten einen ungleichen Zugang zu den Sendern. Dieses wurde durch die regierungskritischen Privatsender sowie durch die oppositionellen Tageszeitungen allerdings zum Teil ausbalanciert. Die deutlich bessere finanzielle Ausstattung der UDF, die im wesentlichen von dem vermögenden Unternehmer Muluzi finanziert wurde, war rechtlich nicht zu beanstanden, da es keine Gesetze zur Parteienfinanzierung gibt. Die staatlichen Zuschüsse für die im Parlament vertretenen Parteien war seit 1994 nicht erhöht worden und war für die Wahlkampffinanzierung nicht ausreichend. Davon war vor allem die MCP betroffen, die über nur wenige andere Geldquellen verfügte.

Insgesamt war der Wahlgang transparent und verlief geordnet und friedlich. Die Wahlen wurden von 6.00 bis 18.00 Uhr fast ausschließlich auf Schulhöfen im Freien durchgeführt, was wegen der Trockenzeit problemlos möglich war, vor allem, da die Wähler – wie schon in der Vergangenheit – äußerst diszipliniert und geduldig waren. Es gab am Wahltag keinerlei gewaltsame Zwischenfälle und – im Gegensatz zu vielen anderen Staaten Afrikas – auch kein Chaos oder Sicherheitsproblem. Das Wahlpersonal wurde aus der Lehrerschaft rekrutiert, wobei das wichtige Amt des Wahlleiters fast ausschließlich von Schulleitern ausgeübt wurde. Die größte technische Herausforderung bestand in der Identifikation des Wählers anhand der Wahlregister. Es gab zwei computerisierte und ein manuelles Wählerverzeichnis. Dazu gab es Aktenordner mit Wahlkarten von den Wahlen von 1999, die aber teilweise unvollständig und nicht geordnet waren. Wenn ein Wähler auf Grund eines – immer wieder vorkommenden – technischen Fehlers nicht im computerisierten Verzeichnis auffindbar war, begann eine zeitraubende und umständliche Suchprozedur. Dennoch wurden registrierte Wähler nicht an der Stimmenabgabe gehindert. Jede Wahlstation hatte bis zu tausend registrierte Wähler, aber schon am frühen Nachmittag nahm der Wählerandrang rapide ab. Traditionell werden wichtige Dinge in den Morgenstunden erledigt. Zudem war die Wahlbeteiligung deutlich geringer als bei den vorangegangenen Wahlen. In jeder Wahlstation waren Vertreter verschiedener politischer Parteien und nationale Beobachter der Kirchen anwesend, die auch die Auszählung, die im jeweiligen Wahllokal an Ort und Stelle durchgeführt wurde,

überwachten und gegenzuzeichnen hatten. Somit war ein Maximum an Transparenz gegeben.

Die Stimmenauszählung fand im jeweiligen Wahllokal in Anwesenheit aller akkreditierten Beobachter statt. Dabei wurde das Konsensprinzip angewandt: Der Gültigkeit einer Stimme mussten alle Beobachter zustimmen. Dispute wurden in fast allen Fällen einvernehmlich beigelegt. Nach der Auszählung wurden die Ergebnisse an der Tür des Wahllokals veröffentlicht. Die versiegelten Plastiktaschen mit den Stimmzetteln wurden zur Distriktverwaltung gebracht, wo die Ergebnisse aus den einzelnen Wahllokalen in Anwesenheit zahlreicher Beobachter aufaddiert wurden. Der Prozess war insgesamt sehr transparent und ließ kaum Raum für Manipulationen. Der Schwachpunkt war die Kumulierung der Ergebnisse in den Distriktverwaltungen, die nur äußerst schleppend und oft auch fehlerhaft vonstatten ging. Erst Mitte Juli 2004, also fast zwei Monate nach den Wahlen, konnten die amtlichen Endergebnisse veröffentlicht werden, die von den vorläufigen zum Teil signifikant abwichen.

Der Wahlausgang

Von den 5,7 Mio. registrierten Wählern gaben 59,4% ihre Stimme ab, was im Vergleich zu der außerordentlich hohen Wahlbeteiligung von 1999 – damals wählten fast 94% – enttäuschend war. Viele Wähler wandten sich von der Politik ernüchtert ab. Die hohen Erwartungen, die in der Vergangenheit die Malawier an die Wahlurnen trieben, waren einer gewissen Frustration gewichen. Der Lebensstandard der armen Klein- und Subsistenzbauern konnte nicht verbessert werden. Sie sahen in anderen Parteien zumeist keine Alternative und blieben zu Hause. Das Wahlverhalten war – wie schon in der Vergangenheit – ethnisch-regional geprägt. Das heißt, dass enttäuschte Wähler eher zu Hause blieben als eine andere Partei zu wählen, die in ihrer Region nicht verankert war.

Auf Grund technischer Schwierigkeiten verzögerte sich die Verkündigung der Endergebnisse, was den Kandidaten Chakuamba veranlasste, sich öffentlich zum Wahlsieger auszurufen. Das zog die polizeiliche Schließung einer privaten Radiostation nach sich und führte zur Verhaftung einer Parteifunktionärin, die dem Sender ein Interview über die Selbstproklamation ihres Chefs gegeben hatte, was den Straftatbestand des Hochverrats erfüllte, der mit der Todesstrafe bedroht war. Die voreilige Meldung der BBC, Chakuamba sei der Wahlsieger, führte zu harscher Kritik von Seiten der Regierung.

Bei den Präsidentschaftswahlen konnte sich Mutharika (UDF) mit 35,0% der gültigen Stimmen gegen Tembo (27,5%) und Chakuamba (24,5%) bei Anwendung der relativen Mehrheitswahl durchsetzen. Mpinganjira und

der Vizepräsident Malewezi blieben weit abgeschlagen. Das Ausreichen der relativen Mehrheit wurde erst vom Obersten Berufungsgericht im Jahr 2000 festgestellt, da die Verfassung unbestimmt von einer „Mehrheit der Wähler“ spricht.

Tabelle 1: Präsidentschaftswahlen 2004

Kandidat	Stimmen	%
Bingu wa Mutharika (UDF)	1.195.586	35,0
John Tembo (MCP)	937.965	27,5
Gwanda Chakuamba (RP/Mgwirizano Coalition)	836.118	24,5
Brown Mpinganjira (NDA)	286.320	8,4
Justin Chimera Malewezi (Independent)	67.812	2,0
	3.323.801	

Ungültige Stimmen: 89.764 (2,6%)

Registrierte Wähler: 5.752.028

Wahlbeteiligung: 59,4 %

Tabelle 2: Parlamentswahlen 2004

Partei	Sitze
<i>Malawi Congress Party (MCP)</i>	57
<i>United Democratic Front (UDF)</i>	50
<i>Mgwirizano Coalition:</i>	25
<i>Republican Party (RP)</i>	(15)
<i>People's Progressive Movement (PPM)</i>	(6)
<i>Movement for Genuine Democratic Change (Mgode)</i>	(3)
<i>People's Transformation Party (Petra)</i>	(1)
<i>Malawi Democratic Party (MDP)</i>	(0)
<i>National Unity Party (NUP)</i>	(0)
<i>Malawi Forum for Unity and Development (Mafunde)</i>	(0)
<i>National Democratic Alliance (NDA)</i>	8
<i>Alliance for Democracy (Aford)</i>	6
<i>Congress for National Unity (Conu)</i>	1
unabhängige Kandidaten	40
in Nachwahlen zu bestimmen	6
	193

In 6 Wahlkreisen wurde wegen Problemen bei der Kandidatenaufstellung nicht gewählt.

Quelle: Malawi Government Gazette, Zomba, Jg. 41, Nr. 34, 16.07.2004.

Insgesamt bewarben sich 1.258 Politiker um ein Parlamentsmandat. In sechs von 193 Wahlkreisen wurde auf Grund von Schwierigkeiten bei der Kandidatenaufstellung nicht gewählt. In der Nationalversammlung gewann die UDF nur 50 der 193 Sitze, während die MCP auf 57 und die Mgwirizano-Koalition auf 25 Mandate kamen. Die NDA von Mpinganjira konnte fast ausschließlich in dessen Heimatregion Mulanje und Umgebung Sitze gewinnen, während die AFORD, die bisher 29 Sitze – alle in der Nordregion – hatte, auf sechs Mandate abstürzte. Dafür gelang es dort der RP und dem PPM, zusammen 11 Sitze zu gewinnen. Erstmals zogen 40 unabhängigen Kandidaten in die Nationalversammlung ein. Die Parteienloyalität der Wähler war bei der Parlamentswahl vor allem bei der UDF nicht sehr ausgeprägt. Man wählte den im Wahlkreis beliebten Kandidaten, und nicht den von der Zentrale oktroyierten. Bei den unabhängigen Kandidaten handelte es sich größtenteils um UDF-Politiker, die bei den nicht immer fair durchgeführten parteiinternen Vorwahlen erfolglos waren und nach ihrem Sieg wieder in die Regierungspartei eintraten. Bis Anfang August 2004 waren 26 Unabhängige in die Regierungspartei zurückgekehrt.

Das Wahlverhalten war – wie schon 1994 und 1999 – geprägt von ethnisch-regionalen Mustern. Während Mutharika und die UDF vorwiegend in der Südregion punkteten, gelang es Tembo und der MCP nur in der Zentralregion, Mandate zu gewinnen. Chakuamba erzielte Erfolge in seinem Heimatdistrikt Nsanje im äußersten Süden sowie in der dünn besiedelten Nordregion, aus welcher sein Vizepräsidentenskandidat, der PPM-Vorsitzende Aleke Banda stammte. Programmatische oder ideologische Unterschiede zwischen den Parteien gab es praktisch nicht. Vielmehr war die regionale Herkunft der Kandidaten für das Wahlverhalten entscheidend. Der politische Einfluss der christlichen Kirchen stellte sich wider Erwarten als begrenzt heraus und konnte das ethnisch-regional gefärbten Wahlverhalten nicht durchbrechen.

Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse kam es in den Städten Blantyre und Mzuzu zu vereinzelt gewaltsamen Ausschreitungen und Plünderungen. Diese überschatteten auch die Vereidigung des neuen Präsidenten, an der dreizehn Staats- und Regierungschefs der Region, u. a. die Präsidenten Mbeki, Südafrika und Mugabe, Zimbabwe, und Chissano, Mocambique, teilnahmen. Chakuamba focht die Wahlen gerichtlich an, gab dieses ohnehin wenig aussichtsreiche Vorhaben aber auf, als er am 3. Juni 2004 eine Koalitionsvereinbarung mit der UDF einging und somit der Regierung zu einer Parlamentsmehrheit verhalf. Sein Koalitionspartner Aleke Banda, dessen PPM nicht in die Regierung eintrat, blieb dabei auf der Strecke. Die Entscheidung des finanziell angeschlagenen Chakuamba, in die Regierung einzutreten, wurde mit großer Überraschung und zum Teil mit Kritik von den Anhängern

aufgenommen. Der 69-jährige war von seiner Wahlniederlage sichtlich enttäuscht und betrachtete seine politische Karriere vermutlich als beendet, da er – in der trügerischen Gewissheit, die Wahlen zu gewinnen, sich nicht um einen Parlamentssitz beworben hatte. Die Tatsache, dass er kein Ministeramt übernehmen wollte, spricht für sein allmähliches Ausscheiden aus der Politik.

Brown Mpinganjira erklärte am 18. Juni 2004 den Übertritt seiner NDA in die UDF und kehrte damit nach seiner Wahlniederlage zu seiner Partei zurück. Der Wille dieser Parteien, sich von der UDF kooptieren zu lassen, ist ein Ausdruck der zentralen Stellung des Staates und seiner Pfründen. Außerhalb des Staates ist es schwierig, Macht, Prestige und Geld zu erlangen. Mit dieser Entwicklung wurde in Malawi de facto ein Zweiparteiensystem geschaffen. Die Hoffnung der MCP, durch die Bildung eines Oppositionsbündnisses massiven politischen Einfluss gewinnen zu können, zerfiel jäh zu Staub. Dennoch scheint John Tembos Position als Vorsitzender vorerst nicht gefährdet. Ob der 72-jährige in fünf Jahren noch einmal antreten wird, erscheint jedoch fraglich. Er hat die Rolle des Oppositionsführers eingenommen und sich mit seiner starken Fraktion politisches Gehör verschafft.

Inhaltlich kündigte der neue Präsident ein deutlich verkleinertes Kabinett und eine Fokussierung auf die Wirtschaftspolitik und Korruptionsbekämpfung sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Gebern, von denen Malawi in hohem Maße abhängig ist (etwa ein Viertel des BIP stammt aus Entwicklungshilfe), an. Er verlegte seinen Dienstsitz permanent in die Hauptstadt Lilongwe, wobei die Ankündigung, er wolle das New State House beziehen, einen Hang zur Gigantomanie ausdrückt. Der Palast wurde von Präsident Banda in 20-jähriger Bauzeit für über US\$ 100 Mio. errichtet und diente, da Muluzi den kleineren Palast in Blantyre bevorzugte, seit 1998 als Sitz des Parlaments. Er bemühte sich um eine Aussöhnung mit den christlichen Kirchen, die bisher nur zum Teil gelang, und bot der Opposition eine konstruktive Zusammenarbeit an. Diese wurde durch seine Ankündigung, ein Mausoleum für Banda errichten zu wollen und die Verfügung, den internationalen Flughafen in Lilongwe und zwei weitere Institutionen wieder nach Banda zu benennen, symbolisch unterstrichen.

Das am 13. Juni ernannte Kabinett wurde von 46 auf 28 Mitglieder (inklusive acht stellvertretende Minister) verkleinert. Ihm gehören neben Politikern der UDF/AFORD-Koalition auch sechs Abgeordnete der Mgwirizano-Koalition an. Der langjährige MCP-Politiker und frühere Minister unter Banda, Hetherwick Ntaba, wurde Gesundheitsminister. Er hatte die MCP Ende 2003 verlassen und seine eigene Partei, den National Congress for Democracy (NCD), gegründet, in den Wahlen allerdings keinen Parlamentssitz gewonnen. Im März 2004 hatte er seine eigene Präsidentschaftskandidatur zu Gunsten des UDF-Kandidaten Mutharika zurückgezogen. Allgemein begrüßt wurde die Ernennung des Wirtschaftsexperten Goodall Gondwe zum Finanzmi-

nister. Er verfügt über Erfahrungen als Ökonom beim IWF und der Weltbank. Das Amt des zweiten Vizepräsidenten, das der AFORD-Chef Chihana innehatte, wurde nicht wieder besetzt. Chihana, dessen Partei deutlich an Rückhalt verloren hatte, konnte nur das Landwirtschaftsministerium verteidigen. Auf Seiten der UDF wurden rund die Hälfte der bisherigen Minister nicht mehr berücksichtigt, darunter Schwergewichte wie der Finanzminister Friday Jumbe, Dumbo Lemani und Clement Stambuli. Mit der Auswechselung der Militär- und Polizeichefs und der Ernennung eines neuen Generalstaatsanwaltes und eines Chefanklägers verfolgt Mutharika einen Emanzipationskurs von seinem einflussreichen Vorgänger. Er bemüht sich auch um eine nachhaltige Verbesserung der Beziehungen zu den Gebern. In diesem Zusammenhang ist die Korruptionsbekämpfungspolitik zu sehen, der auch einige Führungsmitglieder der UDF und ehemalige Regierungsmitglieder zum Opfer fielen, gegen die jetzt die Strafverfolgungsbehörden ermitteln.

Der politische Einfluss des ehemaligen Präsidenten Bakili Muluzi als Vorsitzenden und Hauptfinanzier der UDF ist nach wie vor beträchtlich. Er hat es vermocht, seinen handverlesenen Nachfolger durchzusetzen. Er arrangierte auch den Schulterchluss mit Chakuamba und Mpinganjira und ebnete damit den Weg für eine stabile und handlungsfähige Regierung. Ambitionen auf eine zweite Amtszeit wird der 70-jährige Mutharika möglicherweise nicht haben, sein acht Jahre jüngerer Vorgänger könnte bei den nächsten Wahlen 2009 wieder antreten. Ob Muluzi in Zukunft weiterhin eine wichtige politische Rolle spielen will und kann, bleibt abzuwarten. Bisher verfügt Mutharika nicht über eine eigene Machtbasis in der UDF und bleibt auf das Wohlwollen seines Gönners angewiesen. Dennoch setzt er eigene Akzente und versucht, sich von der Parteipolitik abzusetzen, was schon zu Irritationen in der UDF-Führung geführt hatte. Der Regierungswechsel, begründet auf friedlichen und demokratischen Wahlen, ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Konsolidierung der noch fragilen demokratischen Ordnung. Mutharika wird sich im Wesentlichen an seiner Wirtschaftspolitik messen lassen müssen. Nur wenn sich die Lebensbedingungen der Landbevölkerung verbessern, wird diese sich nicht weiter von der Politik abwenden. Dann könnte es in Malawi zu einem neuen Aufbruch gekommen.

Dr. Heiko Meinhardt, Diplom-Politologe, ist Lehrbeauftragter im Fach Politische Wissenschaft und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Angelegenheiten der Universität Hamburg. Zahlreiche Veröffentlichungen, u.a. zu Malawi.